

# Pressemitteilung

Berlin, 22. September 2011  
Seite 1 von 3

## **Konferenz der Bundesregierung: „Partner der Energiewende – Maritime Wirtschaft und Offshore Windenergie“**

Im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie findet heute die Konferenz „Partner der Energiewende – Maritime Wirtschaft und Offshore Windenergie“ statt. In vier Workshops beleuchten Verbände, Bundesministerien und Unternehmen die wirtschaftlichen Chancen der Offshore Windenergie. Daneben werden Lösungswege für die besonderen Herausforderungen aufgezeigt, insbesondere im Bereich der Hafenskapazitäten sowie bei Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs, bei den Werften und Reedern sowie bei Zulieferern. Zur Konferenz eingeladen hat der Parlamentarische Staatssekretär und Maritime Koordinator der Bundesregierung, Hans-Joachim Otto, zusammen mit seiner Kollegin Katherina Reiche aus dem Bundesumweltministerium, seinem Kollegen Enak Ferlemann aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der Stiftung Offshore Windenergie.

Hintergrund der Konferenz ist das Ziel der Bundesregierung, dass in Deutschland bis zum Jahr 2030 Offshore-Windenergieanlagen mit einer Leistung von rund 25.000 MW installiert werden sollen. Ein entsprechender Zubau könnte mit 100 Milliarden Euro Umsatz einhergehen. Darin liegen große wirtschaftliche Chancen für die deutschen Küstenregionen, für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau und für die maritime Wirtschaft. Schon heute sorgt der Ausbau der Offshore-Windenergienutzung für mindestens 7.000 Arbeitsplätze. Bei weiterhin konsequentem Ausbau der Offshore-Nutzung dürfte sich diese Zahl in den nächsten Jahren noch deutlich steigern.

Staatssekretärin Reiche: „Beim Umstieg in unserer Energieversorgung spielt die Windenergie an Land und im Meer eine zentrale Rolle. Gerade im Offshore-Bereich herrscht Aufbruchstimmung. Wir sind zuversichtlich, hier unsere

Ausbauziele erreichen zu können. Bestehende Herausforderungen beispielsweise im Bereich der Häfen, der Werften oder der Netzinfrastrukturen gehen wir nun zielstrebig an.“

29 geplante Offshore-Windparks verfügen bereits über eine Baugenehmigung. Das im Juni 2011 in Kraft getretene Fünf-Milliarden-Euro-Sonderprogramm für die Offshore Windenergie zeigt schnelle Wirkung. Zwei Windparks haben bereits Finanzierungszusagen aus dem Programm erhalten.

Die hohen Ausbauziele bieten erhebliche Wachstumschancen und Marktpotentiale entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Staatssekretär Otto: „Die Innovationskraft der Unternehmen in der Offshore-Windenergiebranche ist groß. Mit Investitionen in Produktentwicklung und Produktionsverfahren kann die Chance genutzt werden, eine international erfolgreiche Industrie aufzubauen, denn immer mehr Staaten wollen in die Offshore-Windenergie investieren. Davon profitieren die Küstenbundesländer, in denen sich neue Cluster entwickeln. Aber auch den Binnenländern mit ihren starken Zulieferunternehmen kommt diese Entwicklung zu Gute.“

Die maritime Wirtschaft spielt eine zentrale Rolle, um die ehrgeizigen Ausbauziele zu erreichen. Der Arbeitskreis „Vernetzung der maritimen Wirtschaft mit der Offshore-Windkraftbranche“, der auf der 6. Nationalen Maritimen Konferenz angeregt wurde und dem die Stiftung Offshore Windenergie vorsitzt, ist eine wichtige Brücke zwischen den beteiligten Branchen und der Politik. In mehreren Fachgruppen werden dort konkrete Lösungen unter anderem zu den Themen Fachkräfte, Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs sowie Sicherheitsnormen und Hafeninfrastruktur vorgebracht. Diese Themen sind Teil der Umsetzung eines umfassenden Schutz- und Sicherheitskonzepts. Die bislang erzielten Ergebnisse werden in die Diskussionen auf der Konferenz einfließen.

Einer der Workshops hat das Ziel, die hohe Systemkompetenz der deutschen maritimen Wirtschaft zu belegen und die Attraktivität deutscher Werften, Zulieferer und Reeder als ideale Partner für die Windparkbetreiber darzustellen. Staatssekretär Otto: „Wir bringen auf der Konferenz Betreiber von Offshore-Windparks mit der gesamten maritimen Wirtschaft zusammen. Es werden Errichterschiffe, Kabelverleger und Versorgungsschiffe für die Windparks benötigt. Dies ist auch eine Chance für die deutschen Werften, ihre Leistungsfähigkeit zu demonstrieren und sich so im internationalen Wettbewerb zu behaupten.“

Eine weitere wichtige Frage ist, ob die vorhandenen und geplanten Hafenskapazitäten in den deutschen Seehäfen

ausreichen, um den geplanten Ausbau der Offshore-Windenergie zu ermöglichen. Staatssekretär Ferlemann sagte: "Die Offshore-Windenergie ist eine große Chance für unsere Häfen und bietet ihnen langfristig eine wirtschaftliche Perspektive. Im Hafen werden viele Anlagenteile produziert, zwischengelagert oder teilmontiert. Aus Offshore-Häfen werden der Transport und die Montage der Anlagen auf See betrieben. Sie sind Ausgangspunkt für Wartungs- und Reparaturarbeiten. Um die Kapazitäten der Häfen optimal auszuschöpfen und die erforderlichen Investitionen in die Hafeninfra- und Suprastruktur zu ermöglichen, erarbeiten wir gemeinsam mit der Wirtschaft eine koordinierte Strategie zur Entwicklung der Offshore-Anlagen. Die Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs ist dabei ebenso wichtig, wie die Schaffung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen durch Harmonisierung der Sicherheitsbestimmungen."

Die drei Ministerien haben sich zum Ziel gesetzt, einen Fortschrittsbericht „Offshore Windenergie – Bedarf, Chancen und Potentiale für Häfen und Schiffe“ zu erarbeiten. Der Fortschrittsbericht ist eine Maßnahme im Rahmen des Nationalen Masterplans Maritime Technologien.

Nähere Informationen zur Veranstaltung „Partner der Energiewende - Maritime Wirtschaft und Offshore Windenergie“ finden Sie unter [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de).

Bundesministerium für Wirtschaft und  
Technologie  
Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin  
Pressesprecher: Holger Schlienkamp  
Pressereferenten: Tanja Kraus, Tobias  
Pierlings, Dr. Tobias Pohl, Sarah  
Schneid  
Telefon: 030 2014-6120  
Telefax: 030 2014-7020

Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Stresemannstr. 128-130,  
10117 Berlin  
Pressesprecherin:  
Dr. Christiane Schwarte  
StellvertreterIn: Jürgen Maaß,  
Dr. Elke Mayer, Frauke Stamer  
Telefon: 03018-305-2010 /-2018  
Fax: 03018-305-2016

Bundesministerium für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung  
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin  
Pressesprecher: Dr. Sebastian  
Rudolph,  
Pressereferenten: Julie Heini, Marion  
Hoppen, Sabine Mehwald, Vera  
Moosmayer, Britta Rohde, Richard  
Schild, Ingo Strater  
Telefon: 030 18 300 2056  
Telefax: 030 18 300 2059